

**Austausch mit Ministerin Heike Taubert (SPD) im Rahmen der
Veranstaltungsreihe „Mit Bibel und Grundgesetz. Der Beauftragte trifft ...“ am
Montag, d. 4. März 2024 um 19 Uhr im Teilhabezentrum des Sozialwerk
Meiningen gGmbH, "Alte Handwerkskammer", Neu-Ulmer Str. 19, 98617
Meiningen**

Ministerin Taubert:

Herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung Herr Dr. Demut, liebe Anwesende. Ich muss etwas ausholen, bevor ich auf Ihre drei Fragen komme, weil das mit der SPD und den Kirchen, das ist nicht so einfach gewesen. Wir haben voriges Jahr 160 Jahre SPD gefeiert und da wissen sie natürlich aus welcher Zeit die SPD kam und warum es häufig Streit mit den Kirchen gab und auch den Versuch der Abgrenzung. Damals hat Kirche noch sehr intensiv im Staat mitgewirkt, würde ich heute freundlich sagen. Da gab es nicht nur die Sonntagsschule, sondern da wurden auch Lehrer bestellt unter Mitwirkung der Kirche. Die Kirche war sehr intensiv mit der damaligen Obrigkeit verbunden. Da war nicht nur Gutes und die Arbeiterschaft hat sich erhoben, weil es ihr schlecht ging und hat sich zusammengefunden unter anderem auch in der SPD. Diese Spannung hat für viele Jahrzehnte das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kirche geprägt.

Ich denke, man sollte nicht einfach sagen: „Es ist heute ist alles paletti“, sondern ein Teil dessen, was damals an Unsicherheit, an Ablehnung oder an Misstrauen dagewesen ist bei manchen Sozialdemokraten gegenüber der Kirche, das gibt es auch heute noch.

Doch wir haben als SPD in unseren Reihen auch schon vor 1900 Menschen in der Partei gehabt, die das sehr unterschiedlich gesehen haben. August Bebel hat gesagt, Kirche und Sozialdemokratie passen nicht zusammen. Die Kirche solle sich vom Staat entfernt halten. Im Übrigen haben auch Menschen, die keinen Glauben haben, auch eine Moral.

Doch wir haben auch Eduard Bernstein gehabt, der gesagt hat, Religion ist eine Kulturaufgabe. Sie muss rechtlich, öffentlich-rechtlich geschützt werden. Also beide Haltungen gegenüber der Kirche haben wir in der SPD schon vor über 100 Jahren gehabt. Ich denke, wir sind zusammengewachsen durch das große Elend des Krieges, als Christen und Sozialdemokraten gemerkt haben: Es kommt nicht darauf

an, was ich für einen Glauben oder für eine politische Einstellung habe - wenn ich gegen die Nazis bin, dann ist der Kopf ab.

Obgleich: Wenn ich heute an die Russisch-orthodoxe Kirche denke und ihre Rolle im Krieg gegen die Ukraine - wenn Kirche zu obrigkeitlich ist, hat sie ein Problem.

Das gibt kein gutes Bild und Kirche hat es dann schwer, die Menschen wieder zu erreichen.

Was uns verbindet, das ist natürlich die Menschenwürde, das sind die Themen Freiheit und Gerechtigkeit. Dies verbindet uns als Sozialdemokraten mit den Christen in der evangelischen und der katholischen Kirche, aber auch in den

Religionsgemeinschaften. Ich will auch das Judentum nicht ausnehmen, weil wir auch da über die Jahre als SPD ein Stück weit unsere Einstellung, die von einer ziemlich starken Ablehnung hergekommen ist, in eine Annäherung gebracht haben.

Das Godesberger Programm der SPD von 1959 will ich hier erwähnen. Da haben wir uns der Kirche zugewandt. Die Kirche muss einen Schutz haben. Das sind politische Aussagen, die heutzutage niemand mehr bestreitet in der SPD, auch kein Laizist.

Und wir haben 2007 sehr intensiv an unserem aktuellen SPD-Grundsatzprogramm gearbeitet, dem „Hamburger Programm“.

Dort haben wir gesagt, dass für uns das Wirken der Kirchen, der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in der Gesellschaft durch nichts zu ersetzen ist, besonders dort, wo sie zur Verantwortung für Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen und Tugenden und Werte vermitteln, von denen die Demokratie lebt.

Damit ist nicht gemeint, dass wir keine Auseinandersetzungen mehr führen müssen.

Das gilt für beide Seiten: Sich einmischen ist wichtig an ganz vielen Stellen und nichts ist schlimmer, als wenn wir nicht in einem Diskurs bleiben. Wir können und müssen auch kritisch miteinander umgehen. Ein positiver Streit, den man in guter Atmosphäre und im gegenseitigen Respekt führt, ist ja die Voraussetzung, um sich auch weiterzuentwickeln in unserer Gesellschaft.

Wolfgang Thierse hat es mal beschrieben, als er sagte, „die SPD begreift sich als eine Gemeinschaft von Männern und Frauen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen und sich in der Verwirklichung sozialdemokratischer Reformpolitik verbunden wissen“. Ich finde, das fasst gut zusammen, wie wir uns heute als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fühlen in aller Unterschiedlichkeit, die wir haben.

Wir sind immer noch eine Volkspartei. Für mich hängt die „Volkspartei“ nicht an den Prozenten, die wir bei Wahlen erhalten, sondern daran, wie breit gefächert wir thematisch aufgestellt sind. Welche Menschen, welche Typen haben wir in unserer Sozialdemokratie? Was wollen die? Uns einigt natürlich das Programm der SPD und wir haben ein starkes Gerechtigkeitsgefühl, doch wir sehen auch, wenn wir in politischer Verantwortung stehen, wo uns Grenzen gesetzt sind für das politische Handeln. Wir können nicht alles tun. An manchen Stellen ist uns Handeln nicht so einfach möglich. Für Kirche gibt es da andere Möglichkeiten.

Ich las gestern einen Aufruf zu einer Klimademo. Da gehen auch Menschen aus der SPD hin und auch ich als Finanzministerin finde richtig, dass Menschen sich hier engagieren. Doch wenn sich aus diesem Engagement nur radikale Forderungen ableiten, die wir in unserer Gesellschaft nicht umsetzen können, weil die Mehrheit der Bevölkerung sagt: „Bleib mir weg mit dem Zeug“, dann können wir als Politik nicht einfach sagen: „Gut, das machen wir jetzt so.“ Sondern dann müssen wir eben in die demokratische Auseinandersetzung gehen, die wir immer gemeinsam führen müssen.

Vielleicht gehen die Kirchen hier voran - wir zum Teil mit. Wir müssen schauen, wie wir die mitnehmen können, die sich im Moment nicht bewegen wollen. Es geht nicht ohne das ernsthafte Gespräch miteinander.

Oder wenn ich jetzt an die aktuellen Bauernproteste denke ... ich will das jetzt gar nicht lang ausführen. Auch ein Beispiel für ernsthaften Widerstreit in der Gesellschaft. Was ist schützenswert? Was stellen wir über alles andere? Und was sind wir bereit, auch dafür zu geben?

Also: Kirchen und SPD haben Reibungspunkte, doch ich denke, da ist nichts, was uns unversöhnlich gegenüberstehen lässt. Es sind Reibungspunkte in der Debatte um den besten Weg. Und ich glaube, das wird auch immer so sein.

Es muss immer Menschen geben, die vorausschauen, vorausgehen - und da war Kirche nicht immer ganz vorne dran. Doch heute ist die Kirche in wichtigen gesellschaftlichen Fragen Vorreiterin.

Ja, was sind die wichtigsten und größten Herausforderungen für den Freistaat Thüringen? Der Respekt vor dem Gegenüber, das ist für mich die allerwichtigste Herausforderung. Als Finanzministerin Thüringens kann ich sagen, wir haben einen Haushalt von 13 Milliarden Euro. 3 Milliarden gehen an die Kommunen, 3 Milliarden

gehen in die Personalkosten. Das sind Lehrerinnen und Lehrer, Polizisten, Justizvollzugsbeamte, Finanzbeamte. Das ist Geld, was im gesamten Freistaat hilft, auch im ländlichen Raum, Leben lebenswert zu machen. Doch über die vielen wichtigen Fragen nach der Finanzierung der nötigen Staatsaufgaben hinaus sehe ich als die eigentliche Herausforderung an, dass der gegenseitige Respekt dem anderen gegenüber und das respektvolle Streiten um den besten Weg unter uns gestärkt werden muss.

Wir kennen die Ergebnisse des Thüringen-Monitors. Dieser hat schon vor über 10 Jahren ermittelt, dass circa 20-25% der Befragten rechtsextreme Einstellungen und Haltungen zeigen. Ob das immer ganz genau so ist, weil die Frage so gestellt wurde, wie sie gestellt wurde, haben wir zum Beispiel in der Landesregierung erst unlängst diskutiert. Muss man die Fragen vielleicht etwas anders stellen? Sind sie nicht tiefgründig genug, um tatsächlich das herauszufinden?

Dennoch wissen wir, in unserer Partei, aber auch in der Kirche: Wir sind das Abbild der Gesellschaft. Wenn jemand Sozialdemokrat ist, hindert es ihn nicht, auch extremere Einstellungen zu haben, konservativere Einstellung, sagen wir mal freundlich. Das kann ins Extreme umschlagen – auch in der Kirche. Nicht jeder Christ lebt tatsächlich den Humanismus oder die Nächstenliebe, die er haben sollte. Da haben wir alle an einer Last zu tragen.

Man könnte jetzt noch viele Dinge auflisten. Sind die Schulen, auch die freien Schulen, am besten ausgestattet oder ist die Straße jetzt schlaglochfrei oder was uns auch immer einfällt. Wir leben in Frieden. Wir haben zu essen, zu trinken und das für die meisten zu einem erschwinglichen Preis. Insofern haben wir schon sehr viele Voraussetzungen. Ich bin im UNICEF Komitee Deutschland. Wenn sie sehen, wie andere Menschen leben müssen, sollten wir dankbarer sein.

Doch ich bleibe dabei: Politisch gesehen halte ich die Aufgabe, im Respekt voreinander unsere Auseinandersetzung zu führen für die aktuell größte Herausforderung.

Ja und der dritte Punkt, den in ihren Fragen sie ansprechen. Was soll ich dazu sagen? Wir haben an allen Punkten mitgearbeitet, z.B. bei der Einführung des Religionsunterrichts nach Artikel 7 unseres Grundgesetzes nach 1990. Damals wurde das engagiert diskutiert: Was machen wir mit dem Religionsunterricht? Kommt er in die Schule? Ich kann mich entsinnen, die Evangelische Kirche hat auch lange

überlegt, ob das der richtige Weg ist oder nicht. Gleichwohl er ist jetzt da. Er ist Lehrfach. Oder wenn ich an den Schutz des Sonntag denke, da kann ich als Sozialdemokratin und ehemalige Verbraucherschutzministerin sagen, wir haben dafür gestritten, dass auch der Samstag, jeder Zweite, tatsächlich für Beschäftigte arbeitsfrei ist. Also der Sonntagsschutz ohnehin, aber eben, dass auch Menschen die Möglichkeit haben sich zu erholen und nicht nur unter dem ständigen Druck des eigenen Arbeitgebers arbeiten zu müssen. Und das führt natürlich zu Verwerfungen. Das Erste, was ich bekam, waren Briefe von Verkäuferinnen, die am Samstag ihren größten Umsatz gemacht haben. Die gesagt haben, wir wollen unbedingt am Samstag arbeiten, vielleicht Sonntag auch. Ich denke, die Haltung zu den Feiertagen ist zwischen Kirchen und SPD unstrittig. Auch das Tragen von Glaubenssymbolen in der Öffentlichkeit ist für uns selbstverständlich. Ebenso das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften stellt niemand in Frage, jedenfalls nicht in der SPD. Ja gut, vielleicht bin ich als Mensch ein Stück weit anders geprägt als andere in meiner SPD. Doch ich kann von den allermeisten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Thüringen sagen, dass sie sehr wertschätzen, was Kirchgemeinden, Religionsgemeinschaften in ihren Gemeinschaften für die Allgemeinheit tun.

Vielleicht kann man das auf einen sehr platten Satz zusammenfassen: Wenn es einem wirklich schlecht geht, wo geht man dann hin? Wo findet man dann Trost und neuen Lebensmut? Da sind viele Menschen dankbar, dass es Kirchen und Religionsgemeinschaften gibt.

Ein zweiter Punkt, der hoffen lässt, dass es auch in Zukunft so ist, den ich beobachtet habe, den sie auch gut kennen: Wenn sie eine kleine Gemeinde haben und sie haben eine verfallene Kirche, ist es oft erstaunlich, dass auch die Menschen, die mit Kirche sonst nichts am Hut haben, bereit sind, etwas für ihre Kirche im Mittelpunkt des Dorfes zu tun. Es sind erstaunliche Kräfte, die ein Gebäude wachruft, von dem man eigentlich gar nicht weiß, warum das in der Mitte steht! Das ist immer wieder sehr inspirierend! Wir wollen das auch gerne unterstützen. Gut meine „Lottofee“ sagt immer, Frau Taubert so viele Kirchenfenster, so viele Orgeln, in ganz Thüringen.

Das sind Elemente, die man durchaus beeinflussen kann, die oftmals gar nicht so wahrgenommen werden. Diese Eigeninitiativen fangen oft als kleine Pflänzchen an. Zwei oder drei Leute sagen: Ach komm, wir probieren es mal ... und immer wieder

wachsen beeindruckende Initiativen in den einzelnen Gemeinden. Ich glaube, das ist sehr wichtig. Wir brauchen den Glauben, auch wenn der eine oder andere ihn selber nicht hat, aber die Gesellschaft braucht den Glauben ganz intensiv und gerade in solchen Zeiten wie heute noch mehr vielleicht als früher. Ich könnte noch viel erzählen, doch an dieser Stelle sei ein Punkt gesetzt.

OKR Dr. Demut: Vielen Dank für Ihre Ausführungen! Sie haben angefangen mit dem großen Bogen, wie sich das Verhältnis von Sozialdemokratie zu den Kirchen insgesamt entwickelt hat. Uns allen ist bewusst, dass dies auch eine lange Konfliktgeschichte war. Mein Vater und mein Großvater waren Fabrikarbeiter in Gößnitz. Mein Großvater wurde 1908 geboren, und dieser Großvater war schon in gar keiner Kirche mehr, aber als Arbeiter natürlich in der SPD und im Arbeitersportverein. Allerdings ist er 1946 aus der Partei ausgetreten. Dieser Großvater ist 1980 gestorben, er hat leider nicht mehr erleben können, dass man die SPD auch in diesem Teil Deutschlands wieder wählen kann. Ich bin selbst erst als 16-jähriger, 1982 war das, Christ geworden, durch die junge Gemeinde in meinem Heimatort, durch Freunde, durch Lektüre. Und manchmal habe ich gedacht: Was würde mein Großvater sagen, wenn er wüsste, dass sein Enkel sogar Pfarrer geworden ist. Also für meinen Großvater waren Pfarrer Verbündete der Ausbeuter, völlig klar. So ist das gewesen und es bewegt mich persönlich, wenn ich an meine Herkunft denke und mit jemanden von der SPD spreche.

Sie haben den Lernweg der Kirchen gewürdigt und dass wir jetzt auch für Menschenwürde sind, für Demokratie für Pluralität. Es ist mir bewusst: Die Kirchen waren im 19. Jahrhundert und auch bis weit ins 20. Jahrhundert nicht die Fackelträger der Demokratie und der Menschenrechte. Das ist für uns eine lange Lerngeschichte gewesen. Sie haben vieles stark gemacht, wo wir gut beieinander sind. Nun sitzen wir hier zusammen, um auch den einen oder anderen kritischen Punkt auszutauschen.

Gern nehme ich auf, dass Sie die positive Funktion von Reibungspunkten unterstrichen haben, und nehme mir die Freiheit, den Höreindruck von dem, was sie uns geschildert haben, ein wenig zu kontrastieren mit dem, was ich im Landtagswahlprogramm Ihrer Partei gelesen habe. Sie haben es im Dezember 2023 hier in Meiningen beschlossen.

Z. B. bei der Sozialwirtschaft habe ich in Ihrem Programm ein klares Bekenntnis zur Subsidiarität wahrgenommen, zum Prinzip, dass sich die Gesellschaft von unten nach oben aufbaut. In Ihrem Programm steht sogar so ein starker Satz wie „Unternehmertum braucht Freiheit“. Es wird beschrieben, dass die freien Träger in der Sozialwirtschaft ganz wichtig sind.

Doch in dem Abschnitt zur Bildung habe ich solch ein Bekenntnis zur Subsidiarität nicht wahrgenommen in ihrem Wahlprogramm. Wie wichtig – oder nicht wichtig? – nimmt ihre Partei die Schulen in freier Trägerschaft? Das wäre eine kritische Rückfrage.

Und noch etwas, das ich irritierend fand: Ihr Wahlprogramm umfasst ca. 80 Seiten und schon auf Seite 1 oder Seite 2 ist Ihre Partei sofort bei sehr operativen Themen, beim Landesprogramm solidarisches Zusammenleben, beim kostenfreien Mittagessen in Kindergarten und Schule bei der Abschaffung von Hort- und Kindergartengebühren, beim Mindestpersonalschlüssel in Kindergärten ...

Ich meine: Das wären sicher wichtige Punkte fürs Kleingedruckte, für die operative Umsetzung der politischen Grundlinien. Doch wie sehen diese Grundlinien eigentlich aus? Ich kann schon zwischen den Zeilen das Programmatische rauslesen, doch nicht ohne Mühe. Und wenn Menschen sich schon die Mühe machen, solch ein Wahlprogramm zu lesen, dann möchten sie doch etwas zu sehen bekommen, was die Leute, die sich hier äußern, für eine Haltung haben, was sie als die großen Bögen für unsere Gesellschaft ansehen.

Ich nehme mal ein Beispiel beim Thema „Vielfalt, Migration und Zuwanderung“. Es gibt in dem Abschnitt dazu dreizehn Zeilen (!) Programmatisches - und dann folgen zwei bis drei Seiten Beschreibung dessen, was operativ oder verwaltungstechnisch passieren soll.

Und noch etwas, was mich gestört hat: Sie haben uns beschrieben, dass die SPD und die Kirchen ganz nah beieinander sind. Jedoch habe ich in Ihrem Landtagswahlprogramm das Wort Kirche nur an einer einzigen Stelle gefunden. Auch das Wort „Religionen“ taucht nur einmal auf – im Zusammenhang von „Migration und Zuwanderung“.

Ich nehme da eine gewisse Leerstelle wahr. Ihr Wahlprogramm beschreibt, dass die rund 360.000 Menschen, die in Thüringer Sportvereinen organisiert sind, „die größte Bürger*innenbewegung im Land sind“. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland hat allein in Thüringen 420.000 Mitglieder. Beim Stichwort Ehrenamt werden viele

verdienstvolle Vereine aufgezählt – doch wenn ich den Text des Wahlprogramms so nehme, wie er da steht, komme ich als Leser nicht auf die Idee, das es eine evangelische Kirche in Thüringen gibt.

Bitte nehmen Sie das nicht als Polemik. Zugleich will ich diesen Leseindruck markieren. Ich habe mich gefragt: Woher kommt es, dass wir als Kirchen unsichtbar sind in Ihrem Wahlprogramm? Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland hat allein in Thüringen 2.000 Kirchen und Kapellen, die zu 95% unter Denkmalschutz stehen. Es gibt hunderte Chöre, allein in Thüringen werden 600 Friedhöfe von Kirchengemeinden getragen und wir tauchen explizit im Wahlprogramm nicht auf.

Taubert: Nehme ich einen kleinen Schmerz bei Ihnen wahr? Sie dürfen „ja“ sagen.

Demut: Die Kränkung klammere ich ein. Ich möchte sachlich mit ihnen drüber sprechen, wo diese Unsichtbarkeit herkommt.

Lassen Sie uns zu meinem zweiten Punkt gehen, der Frage nach den momentan größten Herausforderungen für den Freistaat Thüringen. Die Frage nach dem Respekt voreinander treibt mich selbst stark um. Superintendentin Marwede hat mir heute Nachmittag schon erzählt, dass man in Meiningen am Montagabend immer zwei angemeldete und eine dritte nicht angemeldete Demonstration erleben kann. Wir müssen uns nicht groß gegenseitig erläutern, was da das Problem ist. Sie haben die Herausforderung beschrieben, zivilisiert zu streiten. Ich denke, Sie haben auch ganz bewusst von „Streit“ gesprochen. Das hat mir sehr gut gefallen. Viele von uns hier im Raum sind gelernte DDR-Bürger. Das heißt: Wir sind in einer Gesellschaft aufgewachsen, in der es in der Öffentlichkeit gar keinen Streit gab. Öffentlich zu streiten haben wir damals jedenfalls nicht gelernt. Der damalige Staat hat versucht, die Gesellschaft kurzzuschließen, vollständig zu vereinnahmen und allen seine Sicht der Dinge vorzugeben. So etwas wie Streit im öffentlichen Raum kam nicht vor und war auch gar nicht vorgesehen.

Ich meine: Wir ehemaligen DDR-Bürger tragen eine große Harmoniesehsucht mit uns herum. Doch das ist ein Missverständnis für die Demokratie, und da bin ich ganz bei Ihnen: Wir brauchen, das ist eine ganz wesentliche Herausforderung, die Fähigkeit, zivilisiert und sachlich und ernsthaft miteinander zu streiten - natürlich geht es ja immer um große Interessenkonflikte. Sie haben die Bauernproteste angesprochen. Wir könnten noch viel anderes nennen und da glaube ich, wenn Sie

das so markieren, sehe ich tatsächlich keine Differenz zu dem, was uns als Kirche auch bewegt.

Unsere Kirche hat, Sie haben es angesprochen, eine große Bandbreite an Haltungen bei ihren Mitgliedern. Ähnlich wie innerhalb Ihrer SPD.

Ein Beispiel: Stichwort Corona-Pandemie-Management, ich kann mich gut an unsere Landessynode im Frühjahr 2021 erinnern. Ein Synodaler brachte einen Antrag ein mit der Intention, dass die Landeskirche noch viel strenger als bisher allen vorschreibt, was wir ab dieser oder jener Inzidenz nicht mehr tun dürfen an Gottesdiensten und öffentlichen Veranstaltungen. Gott sei Dank ging eine wunderbare Debatte auf im Plenum, eine große Bandbreite wurde sichtbar an ganz unterschiedlichen Haltungen, die da im Raum versammelt waren. Das ist ein großer Schatz an gesellschaftlicher Breite, den wir da haben. Auch wenn wir weniger Mitglieder werden! Sie haben es vorhin auch beschrieben: Unsere Wirkung als Kirche, Ihre Wirkung als Partei hängt nicht unbedingt an Quantitäten, an Mitgliedszahlen. Es kommt auf die Inhalte an, die wir transportieren! Da haben wir eine große Stärke darin, dass wir als Kirche - Gott sei Dank! - noch eine große Bandbreite umfassen. Doch diese Stärke müssen wir auch gut bewirtschaften, indem wir zivilisiert miteinander streiten. Von ziemlich weit links bis ziemlich weit rechts ist jedenfalls in unseren Kirchengemeinden vieles an Haltungen und Einstellungen präsent.

An dieser Stelle will ich die Betonung des Gemeinsamen wieder verlassen und noch eine Störung markieren, die meiner Ansicht nach zusammenhängt mit dem weit verbreiteten Gefühl von Politikverdrossenheit:

In Ihrem Wahlprogramm wird sehr viel aufgezählt, wo der Leser, die Leserin den Eindruck bekommt, Sie meinen, mit viel Geld und mit großen Verwaltungsanstrengungen kann man alles Mögliche umsetzen. Die Leserin ahnt, wie teuer das alles werden würde, wenn es tatsächlich umgesetzt werden sollte. Und nun hab ich mich als kritischer Leser gefragt: Wird irgendwo etwas gesagt, wo das viele Geld herkommen soll?

Ich meine, hier liegt eine Wurzel für die oft beklagte Störung der Kommunikation zwischen Politik und Volk. Wäre es nicht stimmiger und attraktiver für diejenigen, die sich die Mühe machen, mal in ein Wahlprogramm zu schauen, wenn dort ehrlicher kommuniziert werden würde?

Taubert: Nehmen Sie bitte das Wahlprogramm von 2019. Das ist schmaler. Es ist auch einfacher und lesbarer. Da hat sich jemand sehr viel Mühe gegeben.

Demut: Das, was ich für die Landtagswahl 2024 gelesen habe, macht auf mich jedenfalls den Eindruck einer gewissen Unernsthaftigkeit: Unendlich viel wird aufgezählt, was alles gemacht werden soll – doch wo das viele Geld für die vielen Maßnahmen herkommen soll, bleibt unklar.

Taubert: Es zeigt einfach die Bandbreite. Es sagt einer etwas zu Kunst und Kultur, da sind die Kirchen mit dabei. Es sagt einer etwas zu innerer Sicherheit und Brand- und Katastrophenschutz ... und so geht es weiter mit Bildung, mit Wirtschaft, mit Hochschule, mit Landwirtschaft, mit Infrastruktur.

Alles bildet sich ab. Das ist ja unser Vorteil und der Schatz der Sozialdemokratie und anderer Volksparteien, dass man an vielen Stellen Interessenlagen und Interessenvertreter hat und die wollen sich in einem Wahlprogramm wiederfinden. Und das macht dann auch kein Wohlfühlgefühl, wenn man solch ein Programm liest. Doch das gehört dazu. Es gibt hunderte von Anträgen auf Parteitag für Wahlprogramme. Sie sind ja im Dezember 2023 Zuschauer gewesen bei unserem Parteitag für dieses Wahlprogramm. Auch vorher schon wird das überall diskutiert. In 4 Regionalkonferenzen haben wir den Entwurf diskutiert. Dann fällt auf den letzten Metern noch Jemandem etwas ein. Dann geht es in eine sogenannte Antragskommission. Da können Sie viele Stunden sitzen, um Anträge zu diskutieren, die dann ins Programm kommen oder auch nicht. Die werden dann auf dem Parteitag wieder abgestimmt. Natürlich ist solch ein Programm auch ein Spiegel der Lebenswirklichkeit. Wenn Sie eine Familie gründen, wie auch immer die zusammengesetzt sein mag, haben Sie möglicherweise Kinder. Das betrifft die Leute sehr stark, selbst die Großeltern. Deshalb ist das Thema Bildung ein wirklich großes Thema. Das bewegt alle. Man kann ein Wahlprogramm auch an den Lebenswirklichkeiten entlang abbilden, vom Kleinkind bis zur rüstigen Ruheständlerin. Es liest sich einfacher, weil jeder auf seine betroffene Gruppe schauen kann. Da kommt das mit der Kirche dann aber wahrscheinlich auch zu kurz.

Demut: Letzte Frage von meiner Seite, ehe wir das Aufnahmegerät ausschalten und für Fragen aus dem Publikum öffnen. Stellen Sie sich bitte eine Skala vor von 0 bis

10. Die Frage zielt auf Ihr Politikverständnis. 0 heißt: Man kann im Grunde genommen nichts machen. Große Räder drehen sich über uns. Wir sind den Dingen ausgeliefert. Und 10 heißt: Bei allem handelt es sich im Grunde nur um Probleme, die man identifizieren muss und mit genug Geld und dem nötigen Willen kann man alles schaffen und alles lösen. Auf dieser Skala von 0 bis 10, wo würden Sie ihr Politikverständnis verorten?

Taubert: Bei acht!

Demut: Acht. Bitte führen Sie dies noch ein wenig aus.

Taubert: Sie haben ja gesagt „mit ausreichend Geld“. Also da konnte ich „zehn“ nicht wählen, weil es den Überfluss einfach nicht gibt. Doch ich wäre persönlich nie in die Politik gegangen, wenn ich nicht gedacht hätte, ich könnte etwas bewegen. Wenn du das nicht glaubst, brauchst du in der Politik nicht anzufangen. Diese Haltung sehe ich auch bei den ehrenamtlichen Stadträten und Gemeinderäten oder die vielleicht auch nur im Hintergrund arbeiten. Sie wollen gern etwas verändern. Und wir haben seit 1990 die Möglichkeiten, Dinge zu verändern. Es ist mühselig und ich glaube schon, dass viele sich das einfacher vorgestellt haben. Daher kommt vielleicht heutzutage eine persönliche Enttäuschung. Wenn ich jetzt einzelne Personen sehe, frage ich mich: „Warum sind sie so geworden?“ Also außerhalb der SPD. Das müsste ein zufriedener Mensch sein, er ist nicht krank, in seiner Familie ist niemand krank, er hat Arbeit gehabt, ausreichend verdient. Er sagt vielleicht auch von sich, dass es ihm gut geht und er ist trotzdem in der Weltuntergangspartei. Ja, dann fragt man sich doch: „Was ist mit den Menschen passiert?“

Demut: Und Sie meinen die Differenz von 8 bis 10 hängt nur am fehlenden Geld?

Taubert: Bei mir ja, Sie können ja auch nicht alles erreichen, können Sie nicht.

Demut: Ich finde hier einen spannenden Reibungspunkt zum christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild. Wenn ich in die Bibel schaue, wenn ich die christliche Tradition wahrnehme: Da ist etwas mehr Sensibilität dafür, dass wir von Gott getragen sind, dass wir nicht alles in der Hand haben, dass es sogar viel

Unverfügbares gibt, was uns geschenkt wird. Sie haben vorhin selbst von Dankbarkeit gesprochen, davon, dass uns Vieles geschenkt wird, ohne dass wir dafür etwas geleistet haben. Dass sie mich bitte nicht falsch verstehen, das christliche Menschen- und Gesellschaftsbild ist auch sehr aktiv und natürlich kann man vieles irgendwie anpacken und lösen und klären! Dennoch denke ich, dass der christliche Blick auf die Welt ein größeres Sensorium dafür hat, dass zum Tun manchmal auch dazu gehört, manches Unveränderliche einfach tapfer auszuhalten.

Taubert: Wo wären Sie denn selbst bei dieser Skala?

Demut: Also ich wäre eher bei 5 - um anzuzeigen, dass es im Leben immer eine Balance gibt zwischen Tun und Lassen. Es gibt sehr Vieles, was unverfügbar ist in unserem Leben. Ein Corona-Virus hat sich niemand von uns gewünscht oder gar ausgedacht. Das kam über uns. Dass Wladimir Putin seinen Truppen befiehlt, in die Ukraine einzurücken, hat sich auch niemand von uns gewünscht oder ausgedacht. Und dennoch müssen wir mit den Folgen dieser Tatsachen irgendwie zurechtkommen. Dass Menschen in solchen Verbitterungsparteien landen oder zumindest diese wählen, hat vielleicht auch damit zu tun, dass das landläufige Verständnis von Politik solch eine Allmächtsphantasie von „10“ oft transportiert hat. Doch wer in die Bibel schaut, regelmäßig zum Gottesdienst geht, meditiert, der kriegt vielleicht ein Gespür dafür, dass die 10 eigentlich glatte Ideologie ist, die mehr Probleme erzeugt, als sie löst.

Taubert: Ich glaube, Sie müssen an der in der Beschreibung Ihrer Skala von 0 bis 10 nochmal arbeiten, was Sie wirklich meinen. Also Sie haben schon versucht, das zu beschreiben. Ich habe das schon verstanden, sonst wäre ich ja nicht zu „8“ gekommen. Aber ich glaube, Sie müssen die 10 nochmal beschreiben, also was meinen Sie? „Es ist alles erreichbar“, haben Sie gesagt. Das ist eine verkürzte Beschreibung: „Wenn ich nur will, geht alles.“ Anders erläutert, hätte ich anders geantwortet.

Demut: Vielen Dank für unser intensives Gespräch bis zu dieser Stelle!